



Antrag

der Abgeordneten **Ulrich Singer, Ferdinand Mang, Benjamin Nolte** und **Fraktion (AfD)**

Konzertsaal München: Stand der Dinge

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag und im zuständigen Ausschuss für Wissenschaft und Kunst in mündlicher und schriftlicher Form über den aktuellen Stand des Projekts „Konzerthaus/Konzertsaal München“ bis spätestens Ende November 2025 zu berichten. Der Bericht soll insbesondere folgende Punkte umfassen:

- In welcher Phase befindet sich die Markterkundung mit Baufirmen derzeit und wann ist mit einem Abschluss zu rechnen?
- Wurde bereits eine Baufirma mit dem Projekt betraut, falls ja, welche?
- Welche konkreten Inhalte umfasst die im Juni 2024 beschlossene „Redimensionierung“ nach aktueller Planung?
- Haben seitdem konkrete bauliche Maßnahmen begonnen? Falls nein, wann ist damit zu rechnen?
- Welche weiteren Schritte sind zur Projektkonkretisierung geplant?
- Wie sieht das aktuell angestrebte Raum- und Nutzungskonzept aus?
- Mit welchen Gesamtkosten rechnet die Staatsregierung derzeit für das redimensionierte Projekt?
- Wie hoch sind die bis zur sogenannten Denkpause angefallenen Gesamtkosten für das Projekt (bitte nach Posten aufschlüsseln)?
- Wie hoch sind die seit der sogenannten Denkpause angefallenen Gesamtkosten für das Projekt (bitte nach Posten aufschlüsseln)?
- Welche Maßnahmen werden ergriffen, um weitere Kostensteigerungen zu vermeiden?
- Welcher Zeitplan wird derzeit verfolgt (z. B. Planung, Ausschreibung, Baubeginn, Fertigstellung, Inbetriebnahme)?
- Welche Faktoren beeinflussen derzeit die zeitliche Umsetzung?
- Inwiefern wurden und werden die zukünftigen Nutzer (z. B. BR-Symphonieorchester, Münchner Philharmoniker) in die Neuausrichtung einbezogen?

Begründung:

Im Juni 2024 hat die Staatsregierung beschlossen, das Projekt „Konzerthaus München“ in einer redimensionierten Form neu aufzusetzen. Laut Staatsministerium für Wissen-

schaft und Kunst liegt der Fokus nun auf einem Konzertsaal als Kern des Raumprogramms. Ziel dieser Neuausrichtung sei eine signifikante Kostenreduktion bei gleichzeitiger Wahrung kulturpolitischer Ansprüche.

Zum Zeitpunkt der letzten öffentlichen Stellungnahme im Jahr 2024 hatten noch keine baulichen Maßnahmen begonnen. Im Februar 2025 äußerte sich das Staatsministerium in einer Anfrage zum Plenum, dass aktuell eine Markterkundung mit Baufirmen laufe.

Bereits im Zuge der ursprünglichen Planungen sind erhebliche Kosten für den Steuerzahler entstanden. Auch seit der angekündigten Redimensionierung im Juni 2024 scheint es kaum nennenswerte Fortschritte gegeben zu haben. Es ist zu befürchten, dass das Projekt erneut über Jahre zum Stillstand kommen könnte oder der kalkulierte Kostenrahmen erneut nicht eingehalten werden kann.

Angesichts der bestehenden Unsicherheiten hinsichtlich Zeit- und Kostenrahmen sowie des weiterhin großen öffentlichen Interesses ist ein umfassender Bericht zum Stand des Projekts erforderlich.